IDOS German Institute of Development and Sustainability

IDOS POLICY BRIEF 30/2026



Das 0,7-Prozent-ODA-Ziel: Eine internationale Norm auf dem Rückzug

Stephan Klingebiel & Andy Sumner

Zusammenfassung

Das 0,7-Prozent-Ziel für die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (Official Development Assistance, ODA) gilt seit der UN-Generalversammlung von 1970 als zentrale quantitative Norm. Die Mehrheit der Geberländer bekräftigt es regelmäßig und verfehlt es dennoch seit über 50 Jahren. Dieser Policy Brief zeichnet nach, wie die Norm entstand, warum sie derzeit verfällt und welche Rolle sie künftig spielen könnte.

Das 0,7-Prozent-Ziel – also 0,7 % des Bruttonationaleinkommens (BNE) für ODA auszugeben – hat als Zahl keine eigenständige analytische Grundlage. Schätzungen der frühen 1960er Jahre zum Kapitalbedarf armer Länder ergaben rund ein Prozent des Einkommens reicher Staaten für alle Kapitalflüsse. Die Pearson-Kommission (1969) machte daraus ein Ziel allein für öffentliche Hilfe, und die entsprechende UN-Resolution löste es von seiner Herleitung. Gestützt wurde die Norm von drei Begründungen: (i) einer Finanzierungslücke, (ii) der Lastenteilung nach Wirtschaftskraft und (iii) dem Nutzen einer einfachen Zahl für entwicklungspolitische Lobbyarbeit.

Der Höhepunkt der Norm lag 2005 beim G8-Gipfel in Gleneagles. Seither verschwindet das Ziel aus den G7/G8-Dokumenten: 2023 in Hiroshima wurde es nur noch abgeschwächt erwähnt, 2024 und 2025 gar nicht mehr. Der Gipfel von Évian 2026 verschob die Agenda auf private Mittel und „gegenseitig vorteilhafte Partnerschaften“. Die Norm wurde verdrängt, ohne formal aufgegeben zu werden. Das Vereinigte Königreich fiel von 0,7 auf 0,5 Prozent und kündigte 0,3 Prozent bis 2027 an. Frankreich erreichte 2025 nur 0,42 Prozent, Deutschland immerhin noch 0,56 Prozent. Im Development Assistance Committee (DAC) der OECD liegt der Durchschnitt derzeit bei etwa 0,26 Prozent.

Der Vergleich mit Zielwerten in den Politikfeldern Verteidigung, Klima, Bildung, Gesundheit und Biodiversität zeigt ein gemeinsames Muster. Die Finanzierungsziele messen überwiegend Inputs statt Ergebnisse. Sie sind politisch ausgehandelt und meist rechtlich nicht bindend. Nach dem Goodhartschen Gesetz verlieren quantitative Zielgrößen an Aussagekraft, sobald sie zum Steuerungsinstrument werden, weil Anreize bestehen, die Zielerreichung nur rechnerisch zu verbessern. Beispiele gibt es dazu auch bei der ODA.

Die Norm hat inzwischen in mehreren Geberländern einen negativen Anreiz geschaffen: Einige Regierungen streben an, den Anteil ihres ODA/BNE (Bruttonationaleinkommens) zu senken. Deutschland zeigt diesen Widerspruch besonders deutlich. Der Koalitionsvertrag 2025 nennt eine „angemessene Absenkung“ der ODA-Quote als fiskalisch begründetes Ziel. Im August 2025 billigte Deutschland jedoch in der UN-Generalversammlung die Sevilla-Verpflichtung, die das Ziel von 0,7 Prozent bekräftigt – im Inland gilt die ODA als nachrangig, multilateral wird die Verpflichtung jedoch erneuert.

Wir empfehlen vier Schritte. Erstens eine neue Schätzung der Finanzierungslücke auf nationaler Ebene nach Umfang und Modalität, etwa Zuschüsse für Niedrigeinkommensländer und konzessionäre Kredite für Länder mittleren Einkommens. Zweitens die Lastenteilung neu zu fassen: zwischen DAC-Gebern, OECD-Ländern außerhalb des DAC (wie der Türkei) und Ländern außerhalb der OECD, allen voran China. Drittens die ODA/BNE-Quote aus Transparenzgründen weiter durchgängig zu messen, die ODA aber enger zu fassen, unabhängig zu prüfen und methodisch von anderen Finanzflüssen zu trennen. Viertens das 0,7-Prozent-Ziel für die entwicklungspolitische Öffentlichkeitsarbeit beizubehalten, solange kein Ersatz eine vergleichbare Bekanntheit erzielt.

CC BY 4.0 license

Einleitung

Allgemein gesprochen sind für die Entwicklungszusammenarbeit (EZ) Normen von großer Bedeutung. Zu unterscheiden sind qualitative Normen, die regeln, *wie* EZ geleistet wird, und quantitative Normen, die regeln, *wie viel* EZ geleistet werden sollte. Qualitative Normen standen vor allem im Zentrum der sogenannten Wirksamkeits-Agenda (*aid effectiveness agenda*) rund um die Paris-Erklärung und die Gründung der Global Partnership for Effective Development Cooperation (GPEDC) in den 2000er und frühen 2010er Jahren.

Ein quantitativer Zielwert für den angestrebten Umfang von ODA wurde bereits deutlich früher zur Norm. Von wirtschaftlich fortgeschrittenen Ländern im Sinne der Mitglieder des Entwicklungsausschusses DAC der OECD wurde und wird erwartet, mindestens 0,7 Prozent ihres BNE als ODA bereitzustellen. Der Zielwert wurde 1970 von der UN-Generalversammlung beschlossen:

> „Jedes wirtschaftlich fortgeschrittene Land wird seine öffentliche Entwicklungszusammenarbeit mit den Entwicklungsländern schrittweise erhöhen und sich nach besten Kräften bemühen, bis zur Mitte der Dekade einen Mindestnettobetrag von 0,7 Prozent seines Bruttosozialprodukts zu Marktpreisen zu erreichen.“ (UNGA-Resolution 2626, Ziffer 43; eigene Übersetzung)

Das 0,7-Prozent-Ziel wurde zu einer weithin bekannten politischen Norm für die Entwicklungszusammenarbeit. Allerdings: Seit mehr als 50 Jahren verfehlt die große Mehrheit der Geber den Zielwert, während sie ihn zugleich in regelmäßigen Abständen erneut bekräftigt. In jüngerer Zeit ist er allerdings auch zu einem negativen Referenzpunkt geworden: Einige Geber formulieren Kürzungen inzwischen direkt als Absenkung der ODA-Quote; dies gilt beispielsweise für Deutschland (siehe Box 2).

In diesem Policy Brief diskutieren wir den historischen Hintergrund der 0,7-Prozent-Norm, die ihrer Entstehung zugrunde liegenden Annahmen und die Gründe für ihren Verfall. Wir stützen uns dabei auf Arbeiten zu den Ursprüngen des Zielwerts (Clemens & Moss, 2005; 2007), auf das Normlebenszyklus-Modell (Entstehung, Verbreitung und Verinnerlichung einer Norm) von Finnemore und Sikkink (1998) sowie auf Evidenz zu vergleichbaren Zielwerten in den Bereichen Verteidigung, Klima, Bildung, Gesundheit und Biodiversität. Schließlich schauen wir auch auf die mögliche künftige Rolle der ODA-Norm.

Der Policy Brief behandelt nicht alle Aspekte der Debatte. Offen bleiben insbesondere die laufenden Diskussionen darüber, was in die ODA eingerechnet werden soll. Dazu gehören die konzeptionellen Reformen im DAC: die „ODA-Modernisierung“ und die seit 2025 laufende Überprüfung der Aufgaben des DAC (DAC-Review). Ebenfalls nicht behandelt wird die breite Debatte über die „Zukunft der Entwicklungspolitik“ (Sumner & Klingebiel, 2025). Sie berührt die Grundannahmen des 0,7-Prozent-Ziels unmittelbar.

2. Das 0,7-Prozent-Ziel: Die Geschichte der internationalen Norm

Wir definieren eine politische Norm als einen Standard für angemessenes Verhalten für Akteure mit einer ähnlichen Identität (Finnemore & Sikkink 1998, S. 891). Im vorliegenden Fall ist diese Identität die des „verantwortungsvollen” Geberlandes. Normen sind präskriptiv: Sie legen fest, was Akteure tun sollten, und bringen dahinterstehende Werte zum Ausdruck.

Die Ursprünge der 0,7-Prozent-Norm sind gut dokumentiert, insbesondere bei Clemens und Moss (2005; 2007). Sie liegen in der Mitte der 1950er Jahre, an der Schnittstelle von kirchlichem Engagement und Debatten in der Entwicklungsökonomie. Der Ökumenische Rat der Kirchen forderte auf seiner Zentralausschusssitzung 1958, reiche Länder sollten mindestens ein Prozent ihres Nationaleinkommens für Entwicklungszwecke aufwenden. 1960 verabschiedete die UN-Generalversammlung eine Resolution, die ebenfalls die Hoffnung zum Ausdruck brachte, internationale Kapitalflüsse an Entwicklungsländer würden etwa ein Prozent des gemeinsamen Nationaleinkommens der wirtschaftlich fortgeschrittenen Länder erreichen.

Studien lieferten die Berechnungen dafür. Die Verschiebung von einem Ein-Prozent-Zielwert für sämtliche Kapitalflüsse hin zu einem spezifischen 0,7-Prozent-Zielwert für ODA vollzog sich Ende der 1960er Jahre durch Verhandlungsprozesse. Die einflussreiche Pearson-Kommission (1969) diskutierte und empfahl, jedes Geberland solle bis 1975, spätestens jedoch bis 1980 0,7 Prozent seines BNE als ODA erreichen. Die Zahl war letztlich ein pragmatischer Kompromiss: einfach, erreichbar und scheinbar angemessen (Clemens & Moss, 2005).

Der Zielwert fand über die UNGA-Resolution 2626 (1970) Eingang in das internationale System, als anzustrebende Norm, die auf Annahmen beruhte, deren Glaubwürdigkeit bereits zum Zeitpunkt der Verabschiedung erodierte. Der Zielwert wurde als ein schrittweise zu erreichendes Ziel gesehen und nicht als verbindliche Verpflichtung mit festem Termin zu ihrer Erreichung oder Sanktionierung bei Nichteinhaltung. Dies kann zum Teil erklären, weshalb die Durchsetzung der Norm von Beginn an schwach war.

Konkurrierende Begründungen

Der 0,7-Prozent-Zielwert hatte mehrere, sich überlagernde Begründungen. Die drei zentralen sind die folgenden:

(a) Eine präzise Finanzierungslücke

Darstellungen des Zielwerts gehen meist von einer mathematischen Herleitung aus. Tatsächlich ist die Situation komplizierter. Frühe Schätzungen aus den Jahren 1961 und 1966 ergaben, dass arme Länder für ihr Wachstum jährlich rund 6 bis 17 Milliarden US-Dollar an Auslandskapital brauchten, also etwa ein Prozent des Einkommens der reichen Länder. UNCTAD (United Nations Conference on Trade and Development) und die Pearson-Kommission übernahmen diese Rechnung und machten daraus das Hilfsziel von 0,7 Prozent, das mit der UN-Resolution 2626 (1970) zum politischen Bekenntnis wurde und sich von seiner Herleitung löste (siehe Box 1).

Box 1: Zur Berechnung der Finanzierungslücke als Grundlage für das 0,7-Prozent-Ziel

Clemens und Moss (2005; 2007) zeichnen nach, wie die Schätzungen zur Berechnung der Finanzierungslücke zustande kamen. Demnach ging Rosenstein-Rodan (1961) der Frage nach, wie viel externes Kapital arme Länder benötigten, um eine bestimmte Wachstumsrate zu erreichen. Er kam für die frühen 1960er Jahre auf 5,7 Milliarden US-Dollar jährlich, mit steigender Tendenz im Laufe des Jahrzehnts. Chenery und Strout (1966) gelangten mit einem Zwei-Lücken-Modell, das eine Export-Import- zur Spar-Investitions-Lücke hinzufügte, zu einer höheren Zahl. Ihre Schätzungen lagen bei 7,4 Milliarden US-Dollar für 1962 und 10 bis 17 Milliarden US-Dollar bis 1970, in Übereinstimmung mit einem BNE-Wachstum von fünf Prozent. Das Nationaleinkommen der einkommensstarken OECD-Länder betrug 1961 rund 1,03 Billionen US-Dollar. Ein Kapitalbedarf von rund 10 Milliarden US-Dollar entsprach damit ungefähr einem Prozent davon. UNCTAD und die Pearson-Kommission griffen dies auf. Auf UNCTAD I (1964) berief man sich auf Rosenstein-Rodan, auf UNCTAD II (1968) auf Chenery und Strout. Die Pearson-Kommission machte 1969 aus dem Ein-Prozent-Ziel für alle Kapitalflüsse ein Ziel allein für öffentliche Hilfe. Sie nahm an, dass ODA wie in den frühen 1960er Jahren zwei Drittel bis drei Viertel aller Transfers ausmachen würde. Der Wert von 0,7 Prozent beruhte also nicht auf einer eigenständigen Herleitung. Mit der Resolution 2626 der UN-Generalversammlung kam die Zahl in die politische Arena und löste sich dort von ihren analytischen Grundlagen.

(b) Lastenteilung

Die Formulierung des Zielwerts als Prozentsatz des BNE statt als absolute Zahl enthält implizit eine Lastenteilungslogik: Reichere Industrieländer tragen in absoluten Zahlen mehr bei, während alle Länder dieser Gruppe proportional dieselben Anstrengungen unternehmen. Eine verwandte Debatte läuft seit den 1990er Jahren in der Klimafinanzierung. Dort soll das Prinzip der gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortlichkeiten

und jeweiligen Fähigkeiten (*common but differentiated responsibilities and respective capabilities*, CBDR) die Lasten verteilen. Strittig ist dabei vor allem, ob fortgeschrittenere Entwicklungsländer international Verpflichtungen übernehmen sollen.

(c) Lobbyarbeit

Die Beständigkeit des 0,7-Prozent-Zielwerts beruht auf seinem Nutzen. Eine einfache Zahl erlaubt es NGOs und Parlamentarier*innen, Regierungen an einem veröffentlichten Wert zu messen. Der hohe Bekanntheitsgrad des Zielwerts etwa bei Staats- und Regierungschefs spricht für den Nutzen einer einfachen Zielgröße.

Trends: Höhen und Tiefen

Der 0,7-Prozent-Zielwert hat seit seiner Festlegung mehrere Phasen sowohl wachsender als auch schwindender Popularität durchlaufen. Er wurde wiederholt in wichtigen Konferenzen und Dokumenten bekräftigt, darunter im Monterrey-Konsens (2002), in der Addis-Abeba-Aktionsagenda (2015) sowie in der Agenda 2030 mit ihren Zielen für nachhaltige Entwicklung (2015). Die Millenniumserklärung enthielt keinen expliziten Verweis auf den 0,7-Prozent-Zielwert, wenngleich der Monitoring-Rahmen der Millennium Development Goals (MDG) die ODA/BNE-Indikatoren 0,7 und 0,15 Prozent (ODA-Ziel für die am wenigsten entwickelten Länder) nutzte.

Das zeitweilige Weglassen ist vor allem auf die zeitweilige Hilfsmüdigkeit (*aid fatigue*) der späten 1990er Jahre zurückzuführen. Hierzu trugen die politischen Rahmenbedingungen nach dem Kalten Krieg, fiskalische Zwänge und Zweifel an der entwicklungspolitischen Wirksamkeit bei.

Der rhetorische Höhepunkt des 0,7-Prozent-Ziels wurde 2005 beim G8-Gipfel von Gleneagles erreicht: Das Afrika-Dokument forderte eine substanzielle Erhöhung der ODA-Mittel, und die vier europäischen G8-Mitglieder (Deutschland, Frankreich, Italien und das Vereinigte Königreich) verpflichteten sich auf den 0,7-Prozent-Zielwert. Die Vereinigten Staaten, Japan, Kanada und Russland gingen keine an das BNE gekoppelten Verpflichtungen ein. Der G7-Gipfel von Hiroshima (2023) war dann das letzte G7-Treffen, das den Zielwert überhaupt erwähnte, wenn auch nur schwach: Man erkenne die Bedeutung jeweiliger Verpflichtungen an, „wie etwa des 0,7-Prozent-ODA/BNE-Zielwerts, den einige Länder festgelegt haben“.

Die G7-Erklärungen der Jahre 2025 und 2026 enthalten keinerlei Erwähnung des 0,7-Prozent-Zielwerts mehr. Im Sinne der inhaltlichen Orientierung der zweiten Trump-Administration fehlten 2026 zudem Verweise auf die Agenda 2030, die 17 Nachhaltigkeitsziele (*Sustainable Development Goals*, SDGs) und den Klimawandel.

3. Der 0,7-Prozent-Zielwert als politische Norm

Der schrittweise Rückzug des 0,7-Prozent-Ziels

Das Vereinigte Königreich und Frankreich zeigen, wie brüchig internationale ODA-Verpflichtungen in den vergangenen Jahren geworden sind. Beide Länder verankerten das 0,7-Prozent-Ziel gesetzlich oder verpflichteten sich formell darauf, ohne dass dies tatsächlich eine beständige Einhaltung zur Folge hatte. Das Vereinigte Königreich erreichte den Zielwert von 2013 bis 2020, kürzte die Mittel dann 2021 auf 0,5 Prozent und kündigte 2025 eine weitere Reduktion auf 0,3 Prozent des BNE bis 2027 an (ICAI, 2021; 2026). Frankreichs Gesetz zur Entwicklungspolitik (*loi de programmation relative au développement solidaire et à la lutte contre les inégalités mondiales*, Nr. 2021-1031) von 2021 sah einen Weg zu 0,7 Prozent bis 2025 vor – ein Horizont, der inzwischen auf 2030 verschoben wurde. Frankreich erreichte 2025 nur 0,42 Prozent (OECD, 2026a; France, 2021). In beiden Fällen diente die formelle Verpflichtung vor allem der Darstellung gegenüber einer internationalen Öffentlichkeit als verantwortungsvolle Geber. Selbst Regierungen, die sich nie formell verpflichteten, allen voran die USA, sahen sich lange veranlasst, ihre Nichteinhaltung zu rechtfertigen.

Seit Mitte der 2010er Jahre haben populistische und damit Multilateralismus-kritische Parteien in den Parlamenten vieler Geberländer an Bedeu-

tung gewonnen (Sumner & Klingebiel, 2025). Seit 2015 verschwindet der 0,7-Prozent-Zielwert schrittweise aus den G7-Kommuniqués: er war präsent, aber geschwächt in Elmau (2015), marginal in Hiroshima (2023) und gar nicht mehr enthalten in Apulien (2024) und Kananaskis (2025).

Évian im Juni 2026 war ein weiterer Schritt in diesem Prozess: Die Erklärung der Staats- und Regierungschefs zu „gegenseitig vorteilhaften internationalen Partnerschaften“ (*mutually beneficial international partnerships*) räumte ein, dass die ODA nicht ausreicht, um den Bedarf der Entwicklungsländer zu decken. Das 0,7-Prozent-Ziel erwähnte sie jedoch nicht. Stattdessen richtete das Kommuniqué die Agenda der Entwicklungsfinanzierung neu aus: auf die Mobilisierung inländischer Ressourcen, privates Kapital, Mischfinanzierung (*blended finance*) und öffentliche Entwicklungsbanken.

Das Kommuniqué der G7-Entwicklungsminister vom April 2026 fordert eine effizientere und wirksamere Entwicklungsarchitektur. Sie soll weniger fragmentiert sein und auf eine breitere Basis von Gebern und Anbietern zurückgreifen. Sie soll außerdem mehr private und inländische Finanzmittel mobilisieren, konzessionäre Mittel dort bündeln, wo sie am dringendsten gebraucht werden, und alle entwicklungsbezogenen Finanzströme an lokal festgelegten Prioritäten ausrichten. Auch das normative Vokabular hat sich verschoben durch Begrifflichkeiten rund um „gegenseitig vorteilhafte Partnerschaften“. Eine Normverdrängung des 0,7-Prozent-Ziels hat damit stattgefunden, ohne dass das Ziel formell verworfen wurde.

Dieser Wandel hat inhaltliche Wurzeln. Die südliche Norm des „gegenseitigen Nutzens“ (*mutual benefits*), lange zentral für die Süd-Süd-Kooperation, prägt zunehmend auch die Praxis traditioneller OECD-DAC-Geber (Esteves & Klingebiel, 2021; Sumner & Klingebiel, 2026). Der Abstieg des 0,7-Prozent-Ziels ist damit weniger ein einseitiger Niedergang als eine Verdrängung durch eine konkurrierende Norm, die außerhalb des OECD-DAC-Systems entstanden ist. Évian steht symptomatisch für diesen breiteren Rückzug: Die dortige Erklärung der Staats- und Regierungschefs stellte gegenseitig vorteilhafte Partnerschaften, makroökonomische Ungleichgewichte und private Finanzierung in den Vordergrund. Fundamentale Grundlagen wie die Agenda 2030, die SDGs und die Herausforderung des Klimawandels sind nicht im Dokument zu finden.

Box 2: Deutschland und der 0,7-Prozent-Zielwert

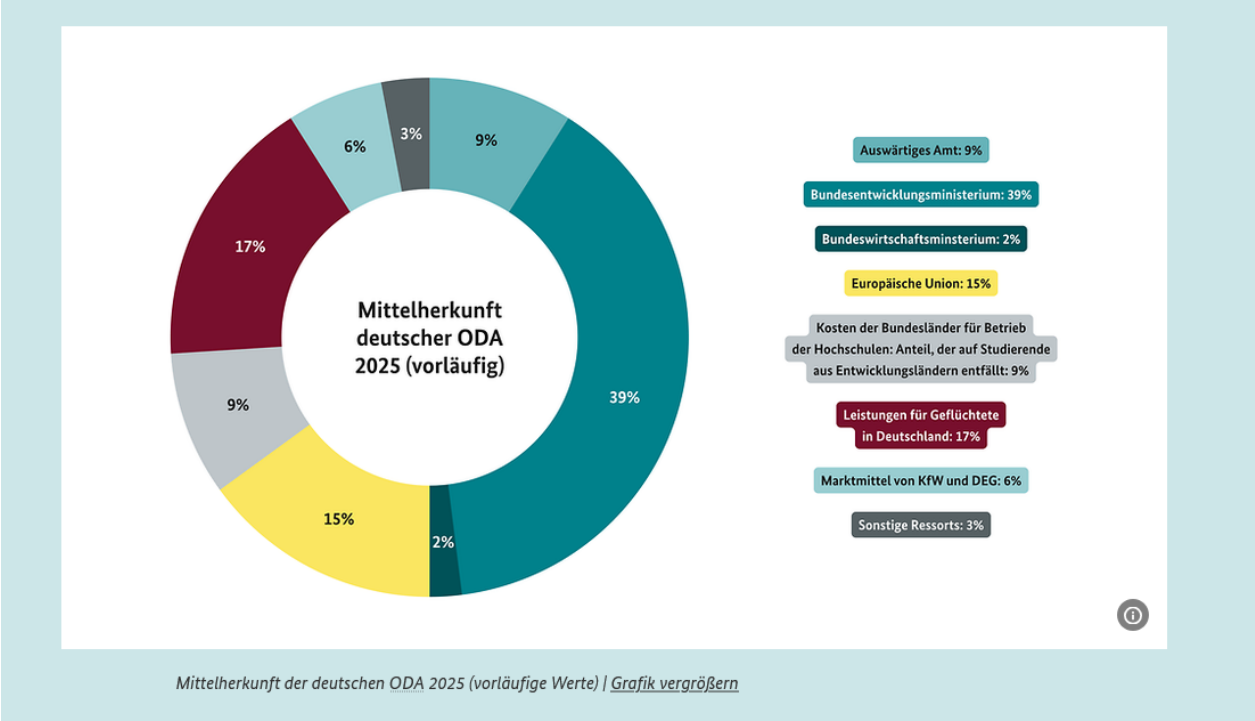
Die deutsche ODA belief sich im Jahr 2025 auf insgesamt 25,8 Mrd. Euro; dies entsprach einer ODA-Quote von 0,56 Prozent. Bei dieser Summe handelt es sich allerdings nur in Teilen um Haushaltsmittel für Entwicklungszusammenarbeit. Diese umfassen Ressourcen des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) (10,1 Mrd. Euro) sowie das Budget für humanitäre Hilfe und einige weitere Instrumente, für die das Auswärtige Amt zuständig ist. Zusammen ist dies knapp die Hälfte (48 %) der deutschen ODA. In großen Teilen handelt es sich bei den übrigen Ressourcen nicht um Haushaltsmittel bzw. um Mittel, die nicht aus entwicklungspolitischen Gründen verfügbar gemacht werden. So wurden 17 % der ODA-Mittel, die Deutschland gemeldet hat, für die Unterbringung von Flüchtlingen in Deutschland aufgewendet; andere Teile der ODA sind rechnerische Aufwendungen für Studierende aus Entwicklungsländern, wiederum andere Mittel, die die KfW auf den internationalen Kapitalmärkten aufnimmt und für Entwicklungsländer bereitstellt, den Bundeshalt aber nicht belasten.

Der Umfang der deutschen ODA und die deutsche ODA-Quote eignen sich daher auch nur bedingt, um finanzielle Zielvorgaben zu machen. Politische Zielvorgaben sind letztlich nur mit Blick auf die Haushaltsmittel des BMZ und für die humanitäre Hilfe sinnvoll.

Insgesamt gab es bei der deutschen ODA über die Zeit betrachtet verschiedene „Aufs und Abs“. Im internationalen Vergleich liegt Deutschland deutlich über dem Durchschnitt der DAC-Länder (0,26 %). In den Jahren 2020 bis 2023 lag die Quote oberhalb der ODA-Norm von 0,7 %. Der Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD (2025) sieht eine „angemessene Absenkung“ der ODA-Quote vor, konkretisiert sie aber nicht.

Quelle: basierend auf Daten des BMZ (2026)

Abbildung 1: Mittelherkunft der deutschen ODA (2025; vorläufig)



Quelle: BMZ (2026)

Input-Zielwerte in anderen Politikfeldern

Auch andere Politikfelder verwenden vergleichbare Input-Zielwerte (siehe Tabelle 1). Für den Vergleich mit dem 0,7-Prozent-Zielwert sind dabei mehrere Merkmale relevant.

- International vereinbarte Zielwerte verfehlen typischerweise ihre erklärten Ziele. Die Festlegung eines Input-Zielwerts führt nicht dazu, dass mögliche strukturelle Herausforderungen beseitigt werden (Unterfinanzierung eines Politikfeldes etc.). Alle hier betrachteten Zielwerte teilen einen Konstruktionsfehler: Sie messen Inputs, keine Ergebnisse. Theoretisch könnte ein Land einen Zielwert erreichen und dabei trotzdem wenig bewirken – oder umgekehrt den Wert verfehlen und trotzdem viel erreichen.
- Kein Zielwert wurde aus einer streng wissenschaftlichen Bedarfsanalyse abgeleitet, jeder ist eine politisch ausgehandelte Zahl. Verhandelnde wählten, was zum jeweiligen Zeitpunkt machbar oder symbolisch angemessen erschien. Kein Zielwert ist in einem engen Sinne bindend. Selbst dort, wo er gesetzlich verankert ist, läuft die Durchsetzung über politischen Druck und Reputationskosten. Rechtliche Sanktionen spielen keine Rolle. Ein Beispiel ist dabei die rasche Rücknahme der gesetzlichen 0,7-Prozent-Verpflichtung im Vereinigten Königreich im Jahr 2021.
- Die Einhaltung ist oft unbefriedigend. Eine Lücke zwischen Zusage und tatsächlicher Leistung besteht bei den meisten dieser Zielwerte seit Jahren oder Jahrzehnten. Ein Teil der Erklärung liegt im Goodhartschen Gesetz (Goodhart, 1975): Wird ein Maß zum Zielwert, so verliert es an Aussagekraft. Geber nähern sich dem Zielwert möglicherweise über veränderte Zählweisen. Bei der ODA rechnen sie Kosten für die Unterbringung von Geflüchteten im Geberland an (siehe Box 2), was die DAC-Regeln erlauben, aber kaum mit dem eigentlichen ODA-Zielsystem vereinbar ist. Beim NATO-Ziel, bis 2035 fünf Prozent des BIP für Verteidigung aufzubringen, ist die weitere Zählweise im Zielwert selbst angelegt: Neben mindestens 3,5 Prozent für Kernverteidigung können bis zu 1,5 Prozent für verteidigungs- und sicherheitsbezogene Ausgaben angerechnet werden, etwa

für kritische Infrastruktur und Cybersicherheit (NATO, 2025). Im Bildungsbereich haben Regierungen prozentuale Zielwerte ebenfalls durch Umklassifizierung statt durch reale Erhöhungen erreicht (UNESCO, 2024). Dies bedeutet, die Erreichung von Zielwerten ist politisch oft erstrebenswert, auch wenn die tatsächlichen Anstrengungen dies nicht widerspiegeln.

- Ein viertes Merkmal betrifft Anpassungen der Zielwerte. Internationale Konferenzen bekräftigen bestehende Zielwerte immer wieder aufs Neue. Eine Überarbeitung im Lichte der Evidenz ist selten. Die NATO-Zielwertanpassung und die Erhöhung des Klimafinanzierungsziels bei der COP29 sind Ausnahmen. Der NATO-Fall ist aufschlussreich. Russlands Invasion der Ukraine schuf eine unmittelbare Sicherheitsbedrohung, und die ausdrückliche US-Konditionalität lieferte anschließend den glaubwürdigen Druck zur Durchsetzung: Die Verteidigungsausgaben stiegen. Das zeigt, dass politische Relevanz ein entscheidender Faktor ist: Externe Schocks (Russlands aggressives Verhalten in Europa und der massive politische Druck der zweiten Trump-Administration) können relevante Verhaltensanpassungen herbeiführen.

Tabelle 1: Vergleich von Input-Zielwerten in verschiedenen Politikfeldern

Politikfeld	Zielwert	Beschlossen	Bindend?	Einhaltung (aktuell)	Verlauf
Entwicklungszusammenarbeit	0,7 % ODA/BNE	UNGA, 1970	Nein	Ca. 0,26 % im Durchschnitt; 4 von 32 DAC-Gebern (2025)	Stagnierende Verbreitung; Rückgang seit 2021
Sicherheit / Verteidigung	2–5 % des BIP für Verteidigung	Wales 2014 (2 %); Den Haag 2025 (5 %)	Nein	Alle 32 Bündnispartner meldeten 2025 die 2 % Zielerreichung; Ziel: 5 % bis 2035 (mind. 3,5 % Kernverteidigung plus 1,5 % erweiterte Ausgaben)	Rasche Verbreitung nach 2022; Zielwert eskaliert
Klima	300 Mrd. US$/Jahr für Klimafinanzierung (NCQG)	COP29, Baku 2024	Nein	116 Mrd. US$ ausgezahlt 2022; NCQG von mind. 300 Mrd. US$/Jahr bis 2035	100-Mrd.-US$-Ziel abgelöst; 300 Mrd. bis 2035; 1,3 Bio. angestrebt
Bildung	4–6 % des BIP / 15–20 % der Ausgaben	Incheon-Erklärung, 2015 (UNESCO)	Nein	59/171 Länder erreichten keinen der beiden Werte (2024)	Teilweise; innenpolitisch getrieben
Gesundheit	15 % des Staatshaushalts (Abuja)	AU 2001	Nein	Ca. 2 Länder erreichten den Zielwert (2021)	Weitgehend stagniert
Biodiversität	30x30 (Biodiversität; mind. 30 % der Land- und Meeresflächen bis 2030 wirksam schützen)	Kunming-Montreal 2022	Nein	17 % terrestrisch, 10 % marin (2026)	Frühe Phase; ungewiss

Quellen: OECD (2026b); NATO (2026); Pudussery und Gulrajani (2025); UNESCO GEM Report (2024); NATO (2025); UNFCCC COP29 (2024); Convention on Biological Diversity (2022); ONE Data (2023).

Anmerkungen: NATO: Der 2-Prozent-Zielwert (Wales, 2014) wurde 2025 von allen 32 Bündnispartnern als erreicht gemeldet und durch die neue 5-Prozent-Verpflichtung (Den Haag, 2025) abgelöst, bestehend aus mindestens 3,5 % für Kernverteidigung und 1,5 % für breiter gefasste sicherheitsrelevante Ausgaben, zu erreichen bis 2035. Klimafinanzierung: Das 100-Mrd.-US$-Ziel (Kopenhagen, 2009) wurde bei der COP29 (Baku, 2024) durch die NCQG abgelöst: ein Kernziel von mindestens 300 Mrd. US$ jährlich bis 2035, angeführt von entwickelten Ländern und eingebettet in eine breitere Ambition, bis 2035 jährlich 1,3 Bio. US$ aus allen Quellen zu mobilisieren. Bildung: Referenzwerte, die 2015 beim Weltbildungsforum in Incheon (Republik Korea) beschlossen und im Rahmen von „Bildung 2030" unter Federführung der UNESCO verankert wurden. Das 0,7-Prozent-Ziel überschneidet sich teilweise mit anderen Input-Zielen, etwa für Klimafinanzierung und Verteidigungsausgaben.

4. Ausblick

Das Normlebenszyklus-Modell erklärt, weshalb der 0,7-Prozent-Zielwert in den vergangenen Jahren in eine Verfallsphase eingetreten ist, getrieben von Akteuren, die stark populistisch und damit anti-multilateralistisch ausgerichtet sind. Seit Beginn der zweiten Trump-Administration hat sich das Tempo weiter beschleunigt, mit dem die Norm auch jenseits der USA an Bedeutung verliert.

In mehreren Geberländern stellt die 0,7-Prozent-Norm nunmehr sogar einen negativen Referenzpunkt dar: Verschiedene Regierungen streben inzwischen ausdrücklich an, ihren ODA/BNE-Anteil zu senken. Der deutsche Koalitionsvertrag von 2025 nennt eine „angemessene Absenkung" der ODA-Quote als fiskalisch begründetes Ziel. Der Vertrag enthält keinen Verweis mehr auf die Absicht, den 0,7-Prozent-Zielwert anstreben zu wollen (CDU/CSU/SPD, 2025). Zugleich stimmte Deutschland als Teil der Europäischen Union u. a. im August 2025 in der UN-Generalversammlung formell für die Sevilla-Verpflichtung (EEAS, 2025). Dieses Abschlussdokument bekräftigt die Zusage, 0,7 Prozent des BNE für ODA aufzuwenden (UN, 2025). Deutschland versichert der innenpolitischen Öffentlichkeit, die ODA werde nachrangig behandelt, während es zugleich die Verpflichtung auf multilateraler Ebene erneut bekräftigt.

Angesichts solcher politischen Widersprüche und des insgesamt erkennbaren Rückzugs des 0,7-Prozent-Zielwerts (sowohl finanziell als auch in politischen Erklärungen) schlagen wir vier Ansätze vor, die in enger Beziehung zu den oben dargelegten drei Begründungslinien stehen.

- Es braucht eine Einschätzung der Finanzierungslücke für die ODA auf nationaler Ebene, hinsichtlich sowohl des Volumens als auch der Finanzierungsmodalität. Solche Schätzungen würden der Debatte eine empirische Grundlage geben, die ihr derzeit fehlt. Die zumindest fortbestehend implizit genutzte Kalkulation beruht auf lückenhaften Daten der späten 1950er und frühen 1960er Jahre. Neue Schätzungen müssen zudem eine Diskrepanz adressieren: Der 0,7-Prozent-Zielwert wurde auf Geber angewendet, sollte aber eigentlich den Finanzierungsbedarf der Entwicklungsländer abbilden. Eine einzelne globale Schätzung hat nur begrenzten analytischen Wert. Die zentrale Aufgabe besteht darin, Finanzierungs- und Unterstützungslücken auf nationaler Ebene sowie die strukturelle Angemessenheit dieser Finanzierung für unterschiedliche Typen von Entwicklungsländern zu ermitteln (etwa: in weiten Teilen Zuschüsse für Niedrigeinkommensländer und konzessionäre Kredite für Länder mittleren Einkommens). Diskussionen zu Länderplattformen, die solche nationalen Finanzierungsbedarfe ermitteln, könnten hierfür einen guten Ausgangspunkt bieten (Latortue & Goodman, 2025).
- Das Prinzip der Lastenteilung sollte als allgemeines Prinzip neu formuliert werden. Dabei geht es um die Lastenverteilung zwischen den Ländern der DAC-Gruppe, aber auch zwischen den DAC-Staaten, nicht im DAC vertretenen OECD-Ländern (etwa die Türkei) sowie Ländern, die nicht in der OECD vertreten sind, aber denen eine zunehmende Rolle bei der Erfüllung von internationalen Aufgaben zukommt; dies gilt nicht zuletzt für China.

  Aus Gründen der Transparenz und Konsistenz sollte die ODA/BNE-Quote weiterhin über längere Zeiträume durchgängig gemessen werden, auch wenn die zahlreichen konzeptionellen und empirischen Schwächen des 0,7-Prozent-Werts offenkundig sind. Die Integrität der ODA-Definition und -Messung bedarf weiterer Arbeit (Hynes & Scott, 2021). Was als ODA zählt, sollte enger gefasst und unabhängig geprüft werden, mit einer klaren methodischen Trennung zwischen ODA und anderen (entwicklungsbezogenen) Finanzflüssen.
- Der 0,7-Prozent-Zielwert bleibt für Öffentlichkeitsarbeit und entwicklungspolitische Interessenvertretung wichtig. Für politische Entscheidungsträger*innen und die Öffentlichkeit bleibt er ein relevanter Bezugspunkt. Einen derart bekannten Referenzwert aufzugeben wäre

verfrüht, solange kein Ersatz mit einer vergleichbaren Bekanntheit verfügbar ist. Der verbleibende Wert des 0,7-Prozent-Ziels liegt darin, ein Referenzpunkt für Rechenschaftspflicht zu sein.

Literatur

BMZ (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung). (2025). *Öffentliche Entwicklungsleistungen (ODA) der Bundesrepublik Deutschland*. https://www.bmz.de/de/ministerium/zahlen-fakten/oda-zahlen

Bracho, G., Carey, R., Hynes, W., Klingebiel, S., & Trzeciak-Duval, A. (Hrsg.) (2021). *Origins, Evolution and Future of Global Development Cooperation: The Role of the Development Assistance Committee (DAC)* (Studies 104). German Development Institute / Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE). https://doi.org/10.23661/s104.2021

CDU/CSU/SPD. (2025). *Koalitionsvertrag 2025: Verantwortung für Deutschland*. Berlin, 9. April 2025.

Chenery, H. B., & Strout, A. M. (1966). Foreign assistance and economic development. *American Economic Review*, *56*(4), 679–733.

Clemens, M., & Moss, T. (2005). *Ghost of 0.7%: Origins and Relevance of the International Aid Target* (CGD Working Paper 68). Center for Global Development.

Clemens, M., & Moss, T. (2007). The ghost of 0.7 per cent. *International Journal of Development Issues*, *6*(1), 3–25.

Convention on Biological Diversity. (2022). *Kunming-Montreal Global Biodiversity Framework*. COP15, Montreal, December 2022.

Esteves, P., & Klingebiel, S. (2021). Diffusion, fusion, and confusion: development cooperation in a multiplex world order. In S. Chaturvedi et al. (Hrsg.), *The Palgrave Handbook of Development Cooperation for Achieving the 2030 Agenda* (S. 185–215). Palgrave Macmillan. https://doi.org/10.1007/978-3-030-57938-8_9

Finnemore, M., & Sikkink, K. (1998). International norm dynamics and political change. *International Organization*, *52*(4), 887–917.

France. (2021). *Loi n° 2021-1031 du 4 août 2021 de programmation relative au développement solidaire et à la lutte contre les inégalités mondiales*. Journal officiel de la République française.

Goodhart, C. A. E. (1975). Problems of monetary management: the U.K. experience. *Papers in Monetary Economics*, Vol. 1. Reserve Bank of Australia.

Hynes, W., & Scott, S. (2021). *The evolution of aid statistics: a complex and continuing challenge*. In G. Bracho, R. Carey, W. Hynes, S. Klingebiel, & A. Trzeciak-Duval (Hrsg.), *Origins, evolution and future of global development cooperation: The role of the Development Assistance Committee (DAC)* (Studies 104, S. 248–271). IDOS. https://doi.org/10.23661/s104.2021

ICAI (Independent Commission for Aid Impact). (2021). *Rapid Review: Management of the 0.7% ODA Spending Target*.

ICAI. (2026). *UK Aid Spending to 2029: The Changing Profile of Development Cooperation*.

Klingebiel, S., & Sumner, A. (2026). *The 0.7% ODA target: a norm in retreat*. WIDER Working Paper 2026/104. Helsinki: UNU-WIDER. https://www.wider.unu.edu/sites/default/files/Publications/Working-paper/PDF/wp2026-104-0.7-ODA-target-norm-in-retreat.pdf

Latortue, A., & Goodman, J. (2025). *Platforms that Perform: Navigating Country Platform Implementation*. CGD Policy Paper 364. Center for Global Development.

NATO. (2026). *The Secretary General's Annual Report 2025*. https://www.nato.int/content/dam/nato/we-bready/documents/publications-and-reports/annual-reports/sgar25-en.pdf

OECD. (2026a). *Development Co-operation Profiles: France*. OECD Publishing. https://www.oecd.org/en/publications/2025/06/development-co-operation-profiles_02ffa45c/france_c200dc7f.html

OECD. (2026b). *A historic decline in foreign aid: Preliminary 2025 ODA data*. OECD Data Explainers. https://www.oecd.org/en/data/insights/data-explainers/2026/04/a-historic-decline-in-foreign-aid-preliminary-2025-oda-data.html

Pearson Commission. (1969). *Partners in Development: Report of the Commission on International Development*. Praeger.

Pudussery, J., & Gulrajani, N. (2025). *Aid and Defence: A Data Story of Two Global Targets*. ODI.

Rosenstein-Rodan, P. N. (1961). International aid for underdeveloped countries. *Review of Economics and Statistics*, *43*(2), 107–138.

Sumner, A., & Klingebiel, S. (2025). *Development Cooperation at a Tipping Point: How, Why and Through What Mechanisms Do Policy Norms Break?* (IDOS Discussion Paper 29/2025). IDOS. https://doi.org/10.23661/idp29.2025

Sumner, A., & Klingebiel, S. (2026). The OECD Development Assistance Committee at 70: who defines “mutual interest”? *Policy Brief.* https://policybrief.org/briefs/the-oecd-development-assistance-committee-at-70-who-defines-mutual-interest/

UNESCO. (2024). *Global Education Monitoring Report 2024/2025*.

United Nations (UN). (2025). *Sevilla Commitment: Outcome Document of the Fourth International Conference on Financing for Development*. Seville, 30 June – 3 July 2025. https://financing.desa.un.org/document/ffd4-outcome-booklet-spread

PD Dr. Stephan Klingebiel ist Leiter der Abteilung „Inter- und transnationale Zusammenarbeit“ am German Institute of Development and Sustainability (IDOS). Zuvor leitete er das Global Policy Centre des UNDP in Seoul sowie das Büro der KfW-Entwicklungsbank in Kigali.

E-Mail: Stephan.klingebiel@idos-research.de

Prof. Andy Sumner ist Professor für Internationale Entwicklung am King’s College London und Präsident der Europäischen Vereinigung der Forschungs- und Ausbildungsinstitute für Entwicklung.

E-Mail: andrew.sumner@kcl.ac.uk

Dieser Policy Brief basiert auf einem Working Paper der beiden Autoren (Klingebiel & Sumner, 2026), welches im Rahmen des UNU-WIDER-Projekts „The future of aid and development cooperation“ entstand, das wiederum Bestandteil des Forschungsbereichs „From conflict to cohesion – pathways for peace and inclusive statebuilding“ ist. Das Projekt wird in Partnerschaft mit dem Governance and Social Development Resource Centre (GSDRC) an der University of Birmingham durchgeführt.

Das German Institute of Development and Sustainability (IDOS) wird institutionell vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) auf Grundlage eines Beschlusses des Deutschen Bundestages und vom Land Nordrhein-Westfalen als Mitglied der Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft (JRF) finanziert.

Zitationsvorschlag:
Klingebiel, S., & Sumner, A. (2026). *Das 0,7-Prozent-ODA-Ziel: Eine internationale Norm auf dem Rückzug* (IDOS Policy Brief 30/2026). IDOS. https://doi.org/10.23661/ipb30.2026

Disclaimer:
Die in diesem Papier dargelegten Analysen geben die Meinung der Autor*innen wieder und stellen nicht unbedingt jene des German Institute of Development and Sustainability (IDOS) dar.

CC BY

Sofern nicht anders angegeben, ist der Inhalt dieser Publikation unter einer Creative Commons Attribution 4.0 International Licence lizenziert. Es ist erlaubt, dieses Werk zu vervielfältigen, zu verbreiten und zu bearbeiten, solange das German Institute of Development and Sustainability (IDOS) gGmbH und der/die Autor*in(nen) genannt werden.

IDOS Policy Brief / German Institute of Development and Sustainability (IDOS) gGmbH

ISSN (Print) 2751-4455
ISSN (Online) 2751-4463

DOI: https://doi.org/10.23661/ipb30.2026

© German Institute of Development and Sustainability (IDOS) gGmbH
Tulpenfeld 6, 53113 Bonn
E-Mail: publications@idos-research.de
http://www.idos-research.de

Gedruckt auf umweltfreundlichem, zertifiziertem Papier.

JRF
MITGLIED DER Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft